

# Vossische



# Zeitung

10 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Mit Kurszettel

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Belagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsstelle): Carl Müllers, Berlin, Uvarov. Manuskripte werden nur zurückgenommen, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Radstrasse 22-26

Veraprosch-Zentrale Ullstein: Am Dönhof (A 7) 2600-2605. Für den Veraprosch: Am Dönhof 2608-2609. Fernsprechanlagen: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 920.

## Schachts Nacht-Manöver

### Abwehr der Regierung

Das Reichskabinett ist seit 11 Uhr vormittags in der Wilhelmstraße unter dem Vorsitz des Kanzlers versammelt. Es sei gleich gesagt, daß diese Sitzung nicht wegen des Schachtschen Memorandums einberufen worden ist; sie war schon vor mehreren Tagen angesetzt mit der Tagesordnung: Reichsfinanzreform. Aber es ist klar, daß das Memorandum des Reichsfinanzpräsidenten in den Erörterungen des Kabinetts heute einen sehr breiten Raum eingenommen hat. Die Reichsregierung kann diesen Vorstoß nicht unbeantwortet lassen. Einzelne wird noch heute eine Erklärung des Kabinetts zu dem Memorandum veröffentlicht werden.

In der Wilhelmstraße hat der Reichspräsident Dr. Schacht einen sehr starken Eindruck gemacht. Weniger durch den sachlichen Inhalt und mehr durch die Art, wie der Defensivist übergeben worden ist. Die Reichsamt ist ein von der Reichsregierung unabhängiges Institut, ihr Präsident während der Dauer seiner Amtszeit unantastbar und an die Befehle der jetzigen Regierung nicht gebunden. Ergeben ist es fernerhinbedeutend, daß zwischen der Wilhelmstraße und der Schachtstraße eine große Mittelbarriere steht zu erheben ist. Aber alle große Rücksichtnahme des Reichspräsidenten Dr. Schacht haben sich schon frühere Reichskabinetts nicht zu belangen gelassen, daß solche, die sozialistischen waren. Wie sind überhaupt, daß man den Wiederholung solcher Befehle über das Verhalten Dr. Schachts in manchen Prozeduren über Kabinettsitzungen während der letzten Jahre finden könnte. Aber niemals wieder hat Dr. Schacht so dorthin gesagt, daß die Öffentlichkeit von seinen eifersüchtigen Zweiteilnehmern in Kenntnis gesetzt wurde.

Es haben in den letzten Tagen Beziehungen zwischen Mitgliedern der Reichsregierung und dem Reichsfinanzpräsidenten stattgefunden. Sie hatten zum Inhalt die Ergebnisse der Bauger Konferenz, die Vorbereitungen für die Schachtkonferenz im Januar; es wurde auch die Finanzreform erörtert. Der Reichsfinanzpräsident war sehr genau über die Pläne und Motive der Regierung unterrichtet; er warnte auch von der Sog. Beschränkung der heutigen Sitzung. Es war ihm nicht unbekannt, daß die Reichsregierung durch eines ihrer Mitglieder in der kommenden Woche vor dem Reichstag Erklärungen über die Finanzreform abgeben wollte.

Was geschieht nun? Am Abend vor dieser Kabinettsitzung wird den Reaktionen ein zwölf Druckseiten starker Brief übermittelt, das ein Memorandum des Reichsfinanzpräsidenten Dr. Schacht enthält. Die Anweisung lautet auch auf sorgfältige technische Vorbereitung schließen; man merkt, es ist keine Drucksache, die eben erst im letzten Augenblick aus der Schicht gekommen ist. Der Gesamtinhalt des Memorandums ist der eines fälschlich Sachverhalts gegen die Reichsregierung, durch den vornehmlich der Reichs-

ausenminister und der Reichsfinanzminister getroffen werden soll. Man erkannte sich bei der Reichsregierung, was sie denn zu der Defensivität Dr. Schachts zu legen habe, und man hielt sich, daß dem Mitglied des Reichskabinetts die geringste Abnung von der Existenz eines solchen Memorandums hat. Er durch die Anfertigung der Reaktionen erhöhen die nächsten Tagen Kabinettsitzungen der von der Straße Dr. Schachts. Die Reichskammer haben sich zunächst zurück und ein ihr nachts das Memorandum erhalten. Die Veröffentlichung eines Briefes zu einem Zeitpunkt, da er den Reaktionen nicht erstehen haben kann, gilt politisch wie gesellschaftlich als ein schwerer Verstoß. Hier kommt noch dazu, daß zweifelslos die Abfertigung, den Mitgliedern der Regierung die Defensivität ist für zusammen zu lassen, daß eine Entgegnung der Wilhelmstraße nicht mehr gleichzeitig mit den Anfertigungen Dr. Schachts veröffentlicht werden konnte. Ein solches Verhalten ist das Gegenteil von dem, was der Kanzler als fast bezeichnet.

An anderer Stelle sehen wir uns mit den Teilen des Memorandums auseinander, die sachlichen Inhalt zu haben scheinen. Hier wollen wir nur feststellen, daß der Eindruck in unerschütterlichen politischen Kreisen etwa in dem Maß zurückgefallen werden kann, daß das Vorgehen Dr. Schachts nicht nur überflüssig, sondern auch im Interesse des Reiches schädlich ist, daß es die kommenden Verhandlungen im Haag erschweren wird und in der letzten Zeit die Gegensätze verschärfen muß. Hoffentlich wird sich das Reichskabinetts nicht lösen, das auch öffentlich aussprechen.

Von dem sachlich Beheblichen abgesehen: aus dem Memorandum klingt ein Ton der Selbstüberschätzung, der befremden muß. Wenn man so liest: „mein Name vor dem deutschen Volk und vor der Welt“, dann übertrifft es fast, daß das „Mein“ nicht majestätisch großgedacht worden ist. Auch seine Rolle als Sachverständiger zur Pariser Konferenz übertrifft Dr. Schacht in gewisser unerschütterlicher Weise. Man begreift zwar folgendes Satz:

„Wenn die deutsche Regierung trotzdem jetzt auf solche Ansprüche verzichten sollte, so geht sie damit über den klar erkennbaren Willen der deutschen Sachverständigen hinaus und übernimmt eine Verantwortung, die ihre Sachverständigen ausdrücklich abgelehnt haben.“ Das hält Dr. Schacht einleitend für eine Art Selbstbehauptung. Er hat offenbar sein Verhältnis nicht darin, daß die Sachverständigen die aller Unabhängigkeit in ihren gutwilligen Beziehungen nach dem Organ ihrer Regierung waren. Auf sie Empfehlungen auszusprechen haben, aber die Entscheidung und die politische Verantwortung bei dem Kabinettsitzung lag und liegt. Dr. Schacht muß sich die Rolle eines Vorwurms der Reichsregierung an, die ihm nicht zugeht.

Am Reichskabinetts ist, wenn man recht unterrichtet sind, das Verhalten Dr. Schachts nicht nur einseitig, sondern auch mit ungewöhnlicher Schärfe vorurteilt worden. Die Kabinettsitzung soll am Nachmittag noch fortgesetzt werden, und in dieser zweiten Sitzung wird die Erklärung der Reichsregierung zu dem Memorandum Dr. Schachts endgültig formuliert werden.

## Wie es kam

Was man daran erinnern, wie es kam? Wie um die Oberzeit eines Morgens in allen Zeitungen der Welt der Sonntagshlag erklärte: die Pariser Young-Konferenz gelichtet; und wie es außerhalb Deutschlands nur eine Stimme gab: gelichtet an Dr. Schacht.

Wenige Tage darauf feierte dann der deutsche Delegationsführer Schacht los und stumm nach Berlin zurück, um der Reichsregierung Bericht zu erstatten. Der unabhängige Führer der deutschen Sachverständigen, der es während des ersten Teiles der Konferenz nicht für notwendig gehalten hatte, die Reichsregierung auch nur rasch und regelmäßig über den Stand der Pariser Verhandlungen zu informieren, schien mit seinen Berichten völlig zusammengebrochen zu sein, ebenso wie Ludendorff im Spätsommer 1918. Die Regierung war vorzüglich genug, dem unabhängigen deutschen Sachverständigen auch jetzt feierliche Aufträge zu erteilen, um nicht den Anlaß zu späteren Mißtrauen zu geben. Schacht, der es so weit hatte kommen lassen, sollte auch weiterhin in Paris tun, was er mit seinen Genossen und mit seinem Sachverständigen glaubte vorzunehmen zu können.

Die Wirtschaft aber war konsterniert. Die deutsche Währung erlitt zum erstenmal seit der Stabilisierung einen harten Anprall, innerhalb und außerhalb Deutschlands brach gegenüber allen Marktwerten eine Vertrauenskrise aus, William-Debitoren wendeten aus Deutschland aus, die Geldwörter, unter der Pariser Wirtschaft noch jetzt so schwer leidet und die hunderten und tausenden angelegenen Firmen die Existenzmöglichkeit abhandelt, war die Folge.

Dr. Schacht war inzwischen wieder nach Paris zurückgefahren. Unter schwachen Willen gelang es den Amerikanern die Fäden zwischen den Delegierten wieder anzufassen, aber die Young-Konferenz hatte von nun an ein anderes Gesicht. Die Deutschen mußten unter förmlichem Druck verhandeln, unter einem Druck, den Dr. Schacht nicht aushalten konnte. Auch jetzt noch suchten sie sich zu wehren, aber es war vergebens.

Das Ergebnis der Pariser Sachverständigen-Konferenz war unglücklicher als es selbst die pessimistischsten Stimmen in Deutschland vorausgesagt hatten. Eine Last von 24 Milliarden im Jahresbudgetschritt zwei Generationen lang zu tragen, war Deutschland angedeihet worden, und was nicht minder bedrückend war, aus dem hervorragendsten Eliten des Young-Planes war, von Dr. Schacht unterschrieben, ausdrücklich festgestellt, dieses ist die Endlösung und bei jedem Willen aller Beteiligten könne „vernünftigerweise kein Zweifel daran bestehen, daß die Vereinbarung erfüllt werden kann.“ Einige Mentalveränderungen, die die deutschen Delegierten an anderen Stellen des Planes noch mitbringen vermögen hatten, ließen demgegenüber im Urteil der Welt nicht ins Gewicht.

Die deutsche Regierung war in dieser Beziehung durch Schacht vor ein fast ungelöstes gestellt. Sie suchte, nachdem das finanzielle Resultat so überaus ungünstig ausgefallen war, wenigstens noch p o l i t i s h herauszuholen, was irgend möglich war, und die größten Verhandlungsgeschick Dr. Stresemann und der anderen deutschen Minister im Haag gelang es, die Befreiung der Rheinlande zu erwirken und damit einigermaßen das niedere zum kompensieren, was in Paris unter Führung Dr. Schachts verhandelt worden war.

Aber auch kann noch kleinen wirtschaftlichen Verhandlungen Erfolg. Denn der Young-Plan war, im Gegensatz zum Dawes-Plan, technisch mangelhaft gearbeitet, enthielt an wichtigen Stellen Lücken und Unklarheiten. So die Sachverständigen nicht weitergefunden waren, hatten sie es sich zum Schluß bequem gemacht und die Entscheidung den Regierungen ausgedehnt. Die neue Seite von Konferenzen war notwendig, Dr. Schacht erlaubte sich, während der Verhandlungen selbst die deutsche Delegierten an diesen Verhandlungen teil, aber auch die Vertreter des Reichsfinanzministeriums und anderer Regierungsstellen, die als Unterhändler an den Spezialberatungen mitwirkten, hielten sich in engstem Einvernehmen mit Dr. Schacht. Die Regierung hat an Lokalität mehr, als sie zu tun brauchte.

Es ist nicht genug gemeldet, daß der Reichsfinanzpräsident im Verlauf dieser Verhandlungen einmal eine sachverständige Stimme erhoben und erklärt hatte: dies ist gegen die Verwendung mit Miller Young und Miller Wilson und den anderen Pariser Delegierten. Das ist eine Bestätigung und ein Vertrauensschwund. Nichts hat er dagegen getan, als er nachging mit den Delegierten der Reparationskommission in Baden-Baden im Hotel Stephanie lag, um das Statut der Internationalen Zahlungskommission fertigzustellen. Er hat sich sein Geschäft für einen

## Sie warten auf Hilferdings Ruf

### Höfner-Wilshoffs Staatsrede

Bei der Staatsbesuchseröffnung im Rahmen des Preussischen Staatsrats, die gestern begann, schloß sich Finanzminister Höfner-Wilshoff mit dem zukünftigen Finanzansatz. Ihre Aussagen wickeln sich in 35 des Finanzansatzes, der zunächst für die Länder garantiert, deren Steuererlösen unter dem Reichsbudgetanteil liegt, in verschiedener Richtung nachteilig aus. Von den preussischen Provinzen liegen die sechs Provinzen, Schleswig-Holstein und Hannover, unter dem Reichsbudgetanteil, so daß für sie Überweisungen in Höhe von 72 Millionen Reichsmark fällig wären, wenn der Preussische Staat nicht einseitig behauptet würde. Statt dessen wird preussische Aufkommen an Reichsteuern zu Überweisungen an, was außerdem über schenken Länder mitzunehmend, und Preußen muß außerdem über Reichsbudgetanteile seinen interprovinzialen Fiskusleistungen vornehmen.

Der Finanzminister befaßte sich jedoch mit den Plänen für die notwendige Steuererhöhung. Inbezug auf letztere ist die Aufhebung der Industrie- und Rentenbanken, Senkung und Zurückführung der Einkommensteuer und starker Abbau der

Realsteuern. Man muß sich darüber klar werden, daß die durch die neue Staatsanleihe freigebliebenen Beträge zur Steuererhöhung nicht ausreichen und deshalb die Einführung neuer Steuerquellen unumgänglich zu bejahen ist. Dafür steht der erhebliche Verbrauch durch stärkere Entzerrung von Alkohol und Tabak zur Verfügung. Hier liegt eine Steuererlöse, die auszugeben ist, wenn man die allgemein als notwendig erkannte Steuererhöhung durchführt will. In die Wiederentführung der Weinsteuer nicht möglich ist, muß man sich die Rückkehr zu anderen Abgaben hinwenden, doch man den Gedanken die Möglichkeit zur Erhebung einer direkten Steuer gibt, die nicht einseitig einzelne Bevölkerungsklassen belastet. Dafür stehen Vermögenssteuernbeiträge oder Wiederentführung der Güsterei zur Einkommensteuer zur Verfügung, wobei man an eine Verbindung beider denken kann.

In allen diesen Fragen zeigt sich die starke Abhängigkeit vom Reich. Reich und Länder müssen die Probleme der zukünftigen Finanzangelegenheit gemeinsam beraten; die Länder sind bereit, sie warten auf den Ruf des Reichsfinanzministers.